

Auch Sachsen nimmt Einladung nach Berlin an



Apothekerpräsident Hans Knoll; Lieselotte Hundt vom Sächsischen Pflegerat, der Sprecher des Bündnisses, Prof. Dr. Jan Schulze und Dr. Diethard Sturm von den Hausärzten (v. l.)

Einen Tag nach dem Außerordentlichen Deutschen Ärztetag in Berlin hat das Sächsische Bündnis Gesundheit 2000 auf einer Pressekonferenz in Dresden seine Bereitschaft deutlich gemacht, die vielfachen Gesprächsangebote der Bundestagsparteien ernst zu nehmen und den Kontakt zu suchen. „Wir denken, dass die politische Eiszeit zwischen Regierung und Ärzten nun endlich ein Ende hat“, so der Sprecher des Bündnisses, Prof. Dr. med. habil. Jan Schulze. Die bestehenden guten Kontakte zu Herrn Horst Seehofer (CDU/CSU) wären auch zur SPD denkbar. Prof. Schulze: „Damit würde den Ärzten die Möglichkeit eröffnet, ihr medizinisches Fachwissen in politische Entscheidungen stärker als bisher einzubringen. Vorschläge für eine Gesundheitsreform gab es von uns schon seit Jahren. Anders als die Regierung sehen wir die Hauptprobleme auf der Einnahmenseite und nicht

auf der Ausgabenseite des Gesundheitswesens. Die wachsende Arbeitslosigkeit und die schlechte wirtschaftliche Lage haben zum Finanzdesaster der Gesetzlichen Krankenversicherung beigetragen und nicht das Verordnungsverhalten der Ärzte“. Bestätigt wird dieser Standpunkt von einer unabhängigen Untersuchung eines renommierten Wirtschaftsforschungsinstitutes. Dieses hat ebenfalls festgestellt, dass vor allem die fehlenden Einnahmen im Gesundheitswesen zur einer Reform zwingen. Die bisherigen gesundheitspolitischen Vorstellungen der SPD würden in Sachsen zudem den Arztberuf weiter unattraktiv machen, weil das wirtschaftliche Risiko für eine Niederlassung zu groß ist. Auch eine verstärkte Abwanderung von jungen Ärzten wäre die Folge. Politische Diffamierungen des Berufsstandes haben dazu schon einige Vorarbeit geleistet. „Es ist jetzt an der Zeit, dass die

Bundesregierung den Patienten und den Arzt wieder in den Mittelpunkt der politischen Betrachtungen stellt und nicht nur ökonomisches Kalkül durch externe Berater den Reformprozess bestimmt. Gleichzeitig lehnen wir das geplante Zentrum für Qualität in der Medizin kategorisch ab. Es ist unsinnig und erzeugt zusätzlichen bürokratischen Aufwand in der Arztpraxis. Wir Ärzte haben schon seit Jahrzehnten eigene Einrichtungen für die Qualitätssicherung“. Die Bezeichnung Ärzten-TÜV oder Stiftung-Warentest stößt zusätzlich auf Befremden. Damit macht die Bundesgesundheitsministerin ihre Unkenntnis über den Arztberuf besonders deutlich. Ein Patient ist keine Waschmaschine und kann nicht nach Normen behandelt werden.

In der Pressekonferenz haben auch Frau Oberin Lieselotte Hundt vom Sächsischen Pflegerat, Herr Dr. Diethard Sturm vom sächsischen Hausärzterverband und Herr Hans Knoll, Präsident der Sächsischen Landesapothekerkammer, ihre beruflichen Positionen deutlich gemacht. Im Pflegebereich droht ebenfalls ein Fachkräftemangel, weil die enormen Arbeitsbelastungen zu einer Abwanderung von Pflegekräften führt. Der Einsatz von Aushilfskräften wird zur Regel und senkt das Niveau der Pflege ab. „Mit der Einführung von Diagnoseorientierten Fallpauschalen und der damit verbundenen Verlagerung von stationären Leistungen auf den ambulanten Bereich, könnte diese Situation kritisch werden“, so Frau Hundt. Viele Probleme im Gesundheitswesen und vor allem die teilweise konfuse Reformvorschläge der Bundesregierung sind dem Patienten unverständlich. Aus diesem Grund wird das Sächsische Bündnis Gesundheit 2000 Informationsmaterial erstellen, welches dann in Praxen und Apotheken ausgelegt werden kann.